

Roter *„Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse.“* Karl Marx

Brandenburger

Zeitung der DKP | Landesorganisation Brandenburg

2-2021



Tesla: Lohndrücker & Umweltverschmutzer

Um der reichste Mann der Welt zu bleiben, umgeht Elon Musk in Brandenburg Umweltschutz und Arbeitsrechte.

Eigentlich wollte Elon Musk, der reichste Mann der Welt, dass ab Juli tausende E-Autos seiner Marke Tesla im Brandenburgischen Grünheide vom Band fließen. Nun wird die Produktion aller Voraus-sicht frühestens Ende des Jahres starten. Der Grund: Der Tesla-Chef spielt nicht mit offenen Karten bei seinem Bauvorhaben – auf Kosten der Trinkwasserversorgung und Arbeitsrechten.

Seinen Aufstieg zum reichsten Mann der Welt im letzten Jahr hat Elon Musk vor allem einer Legende zu verdanken, die auch die grüne Kanzlerkandidatin Annale-na Baerbock immer wieder run-terbetet: E-Autos seien ein unver-zichtbares Mittel im Klimaschutz, dem jeglicher Umweltschutz und soziale Rechte im Zweifelsfall zu

opfern seien. Dass das Fördern von Rohstoffen für die Batterieher-stellung nicht nur in Herkunftsländern wie Bolivien eine enorme Umweltbelastung darstellt, zeigen nun die jüngsten Pläne für das geplante Tesla-Werk in Brandenburg. Nachdem Musk in der Vergangen-heit von einer Batterieproduktion in der sogenannten „Gigafactory“ abgesehen hatte, kam er nun mit dem Bauvorhaben um die Ecke, in Grünheide die weltgrößte Batta-rieproduktion zu errichten, was erhebliche Auswirkungen auf die Trinkwasserversorgung in der Regi-on haben kann.

Zwar soll nach eigenen Angaben Teslas der Wasserverbrauch durch die neue Batterieproduktion nicht ansteigen, wobei die entscheiden- den Stellen im veröffentlichten

→ Fortsetzung Seite 2

Kommentar zur Wahl

Polit-Karneval in Brandenburg

Nachdem die Grünen in Potsdam mit der Direktkandidatur von Annalena Baerbock den Polit-Karneval in der Landeshaupt-stadt ausgerufen haben, will der Direktkandidat der SPD, Vize-kanzler Olaf Scholz, sich nicht nachsagen lassen, keinen Spaß zu verstehen. So prognostizierte Scholz, es gäbe ab 2050 Unter-nehmen aus Ostdeutschland, die im deutschen Aktienindex DAX notiert seien.

Der SPD-Kanzlerkandidat scheint zu meinen, dass sich die ost-deutsche Bevölkerung mit dieser müden Möhre vor der Nase noch mal 30 Jahre verarschen lässt – schließlich hat es 30 Jahre zuvor ja auch schon so gut geklappt. Zeitgleich veröffentlicht der Bun-destag seinen Armutsbericht. Der klärt darüber auf, dass zwischen 2006 und 2016 der Einkommens-unterschied zwischen West und Ost pro Jahr von 2.480 Euro auf 3.906 Euro angestiegen sei. Die Auswirkungen zum Beispiel in der Lausitz: Unter den 18- bis 29-jäh-rigen plant fast jeder Zweite, die Region innerhalb der nächsten zwei Jahre zu verlassen.

Dagegen ist Baerbocks jüngste Forderung, die CO2-Abgabe vor-zeitig auf 60 Euro pro Tonne zu erhöhen, schon fast ein „gesamt-deutscher“ Ansatz! Denn das treibt Ost UND West weiter in die Armut. Und spä-terstens da wird klar: Erst wenn der Spaß für diese Polit-Clowns zu Ende ist, fängt un-sere Freiheit an. ■ mg





Am 22. Juni 1941 überfielen das faschistische Deutschland und seine Verbündeten in Europa wortbrüchig, ohne Kriegserklärung die Sowjetunion. Hitler, den das amerikanische Time-Magazin zum Mann des Jahres 1938 ernannte, stellte sich nicht nur die Aufgabe, die sowjetischen Streitkräfte und den Staat zu zerschlagen, einen Teil der Bevölkerung auszurotten, sondern auch eine „neue Schicht von Herren“ zu schaffen, um die Massen zu kontrollieren. Dafür besetzte er vorher zwölf europäische Staaten, um über ihre Reichtümer und Armeen zu verfügen. Ein wichtiger Schritt zur Weltherrschaft des deutschen Imperialismus sollte gemacht werden.

Angesichts dieser Erfahrungen sollten wir u.a. auch das Positionspapier „Gedanken zur Zukunft der Bundeswehr“ kritisch betrachten. Darin heißt es, die BRD solle sich auf die strategischen Anforderungen im Rahmen der Großmachtkonflikte mit Russland und China einstellen und ihre Rolle „als strategische, militärlogistische Drehscheibe in Richtung Osten“ ausbauen.

Das ist ein völliges Verkennen der Lehren aus dem faschistischen Überfall vor 80 Jahren, in dessen Folge allein 27 Millionen Sowjetbürger ihr Leben im Kampf für die Freiheit der europäischen Völker – darunter auch des deutschen Volkes – verloren haben. Allein in der UdSSR wurden 1700 Städte und 70 000 Dörfer zerstört. Die Lehren daraus müssen verwirklicht werden! ■ Anton Latzo

→ Fortsetzung von Seite 1

11.000 Seiten umfassenden Bauantrag geschwärzt sind. Aber auch das ändert nichts an der Gefahr für die Wasserversorgung aufgrund der Tatsache, dass große Teile des Tesla-Werks sich in einem Trinkwasserschutzgebiet befinden. Industrieunfälle hätten somit verheerende Auswirkungen auf die Region.

Gewerkschaftsfreie Zone

Doch wenn es nach der Tesla-Ideologie geht, das Klima mit E-Autos zu retten, muss nicht nur die Trinkwasserversorgung der Brandenburger Bevölkerung hintenanstehen. Auch für die Rechte der Tesla-Beschäftigten in Grünheide sieht es alles andere als rosig aus. Zwar rühmt sich Elon Musk mit der Schaffung zehntausend neuer Arbeitsplätze. Doch zum einen hat Musk diese Versprechen auch an anderen Standorten gebrochen und zum anderen droht mit Tesla schlicht eine Verdrängung von Arbeitsplätzen bei anderen Autokonzernen und gleichzeitig die Etablierung eines Lohndrückers in der Automobilbranche. Ein Blick in die USA ist hier ernüchternd: So haben Tesla-Beschäftigte in den USA einen Bruttostundenlohn von 18 bis 25 US-Dollar. Das liegt ungefähr ein Drittel unter dem Bruttolohn von General Motors, Ford oder Chrysler. In diesem Sinne dürfte es wohl auch kein Zufall sein, dass Elon Musk sich ausgerechnet für eine Tesla-Produktion in Brandenburg entschieden hat mit einer Pendler-Entfernung nach Polen.

Ein Mittel, um dieser drohenden Lohnrückerei entgegenzutreten, wäre eine Beschäftigtenvertretung in Form von Betriebsrat und Gewerkschaften. Doch genau dem hat Tesla bereits bei seiner Gründung in Form einer „Europäischen Aktiengesellschaft“ einen Riegel vorgeschoben. Denn diese Unternehmensform ermöglicht einen Aufsichtsrat ohne Vertreter der Beschäftigten. Dass es sich dabei keineswegs um ein Versehen handelt, zeigt auch die Haltung Teslas gegenüber der IG-Metall. So will Tesla mit aller Kraft eine Tarifbindung in der „Gigafactory“ und die Gründung eines Betriebsrates verhindern. Die IG Metall wird dabei konsequent ignoriert.

Mit Steuergeldern vergoldet

Anstatt Tesla bei der Ansiedlung in Brandenburg mit entsprechenden Umwelt- und Sozialauflagen zu konfrontieren, aber auch bei Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge zur Kasse zu bitten, lässt Elon Musk sich seine Ansiedlung mit Steuergeldern durch den Bund und das Land Brandenburg vergolden. Offizielle Zahlen werden zwar nicht genannt, aber nach Angaben der MAZ stehen Subventionen von bis zu einer Milliarde Euro im Raum, die zu zwei Drittel vom Bund und zu einem Drittel vom Land Brandenburg übernommen werden sollen. So scheinen CDU, SPD und Grüne in der Bundes- bzw. Landesregierung vor allem ein Ziel zu haben: Dafür zu sorgen, dass Musk der reichste Mann der Welt bleibt. ■ Männer Grüß

»Zu sagen was ist, bleibt die revolutionärste Tat.«

Rosa Luxemburg

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung – Zeitung der DKP
www.unsere-zeit.de / www.uzshop.de

JETZT 6 WOCHEN PROBELESEN!

Das Abo ist gratis und endet automatisch
E-Mail: abo@unsere-zeit.de
Tel.: 0201 - 177889-23 Fax: -28



Keine Stimme für NATO-Kriegstreiber *in Brandenburg!*

Ein Offener Brief der DKP-Landesorganisation Brandenburg an alle friedliebenden Brandenburger Bürgerinnen und Bürger

Liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger, wir sehen unter anderem in der möglichen Wahl von Annalena Baerbock, die als Direktkandidatin der Grünen im Brandenburger Wahlkreis 61 (Potsdam und Umland) antritt, eine große Gefahr für den Frieden.

Wir sehen die Gefahr, dass die Grünen in der Bundesregierung eine NATO-hörige Aggressionspolitik gegen Russland (und China) weiter vorantreiben würden – ggf. auch als Juniorpartner in einer Bundesregierung.

Wir haben nicht vergessen, dass es die Grünen zusammen mit der SPD in der Regierung waren, die deutsche Soldaten nach dem Zweiten Weltkrieg wieder in einen Krieg geschickt haben.

Wir sagen deshalb deutlich: Keine Stimme für NATO-Kriegstreiber bei der Bundestagswahl! Das heißt insbesondere: keine Stimme für Annalena Baerbock.

Wir fordern als sofortige vertrauensbildende Maßnahme gegenüber Russland und damit der Sicherung des Friedens in Europa:

- Abzug aller Bundeswehrsoldaten aus dem Ausland – insbesondere aus dem Baltikum – keinen Cent

und keinen deutschen Soldaten für das NATO-Kriegsmanöver Defender 2021!

- Abzug aller NATO-Truppen und US-Atomwaffen aus Deutschland – keine US-Truppentransporte durch Brandenburg!
- Weg mit den Sanktionen gegen Russland auf Kosten der ostdeutschen Wirtschaft – JA zu Nord Stream 2!

Mit diesen Positionen werden wir als Deutsche Kommunistische Partei bei der Bundestagswahl im September auf dem Wahlzettel stehen in Brandenburg. Konkret im Wahlkreis 61 wird unser Direktkandidat Frank Ehrhardt, gelernter Elektromonteur, gegen Annalena Baerbock aber auch Olaf Scholz antreten.

Wir werben als DKP um jede Stimme, um ein Zeichen für Frieden mit Russland und China und gegen die Abwälzung der Krise auf die arbeitende Bevölkerung zu setzen. Aber wir wissen gleichzeitig auch: Um die Gegner des Friedens, der Lohnabhängigen, Erwerbslosen und Rentner zu stoppen, brauchen wir nach der Wahl gemeinsamen Widerstand.

In diesem Sinne: Druschba!

DKP Brandenburg

Druschba!

Auf zum Friedens-Sommerfest am **14. August 2021** nach **Strausberg!**

Mit dabei:

Hartmut König (Oktoberclub)

Deutsch-Russischer Chor

„Iwuschka“ (Eberswalde)

Isabelle Neuenfeldt (am Akkordeon)

Ein Fest für alle Freunde des Friedens mit Russland und alle, die es werden wollen – natürlich mit russischen Spezialitäten zu fairen Preisen. Beginn: **14.30 Uhr**

Mehrgenerationenhaus Wirtschaftsweg 70 | 15344 Strausberg





Die Arbeiterpartei

Vor unseren Augen führt eine handvoll von Superreichen, die Besitzer der Banken und Konzerne, einen Kampf gegen die übergroße Mehrheit der Lohnabhängigen und Erwerbslosen. Für diesen Klassenkampf haben diese Superreichen einen Politikbetrieb, einen Staat inklusive Polizei und Militär und nicht zuletzt Medien, die ihre Profitinteressen durchsetzen und propagieren.

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) bezieht in diesem Klassenkampf Position für die Lohnabhängigen und für ihre Interessen.

Kommunisten leisten Widerstand: Gegen die Ausweitung des Niedriglohnbereichs und das Hartz-IV-Regime; gegen eine weitere Absenkung der Renten und die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge; gegen Aufrüstung und für Frieden mit Russland. Wir sehen in der DDR die größte Errungenschaft der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland und verteidigen ihr Erbe.

Uns eint in der DKP die Einsicht, dass die Interessen des arbeitenden Volkes nur dauerhaft gesichert werden können, wenn die Banken und Industriebetriebe dem Privatbesitz der Reichen entzogen und in Gemeineigentum überführt werden.

Die Reichen haben sich gut organisiert. Deshalb müssen sich die Lohnabhängigen besser organisieren: In den Betrieben – in ihren Stadtteilen und Gemeinden – in der DKP. Mach mit! ■

 **Den Roten Brandenburger**
● per Mail beziehen oder verteilen?

Einfach eine Mail schreiben an:
info@dkpbrandenburg.de

Impressum & Kontakt

DKP-Landesorganisation Brandenburg
Carl-Reichstein-Straße 2
14770 Brandenburg
Mail: info@dkpbrandenburg.de
V.i.S.d.P.: W. Richter · c/o DKP Brandenburg · Carl-Reichstein-Straße 2 · 14770 Brandenburg



WER BAERBOCK WÄHLT, WÄHLT KRIEG.

FRIEDEN MIT RUSSLAND WÄHLEN: **DKP**

Im Gegensatz zu etablierten Parteien wie den Grünen erhält die DKP keinerlei Wahlkampfkostenerstattung aus Steuergeldern und keine millionenschweren Spenden aus der Wirtschaft. Aber auch unser ehrenamtlich bestrittener Wahlkampf kostet Geld. **Deshalb: Jede Spende zählt – auch als Zeichen der Solidarität!**

Kontoverbindung: DKP Brandenburg
IBAN: DE86 1705 4040 3000 3558 20
Stichwort: Bundestagswahl 2020

Ich möchte:

- Den Roten Brandenburger zugeschickt bekommen, um ihn in meinem Umfeld zu verteilen.
- Für die DKP im Bundestagswahlkampf aktiv werden.
- Kontakt zu nächsten DKP-Gruppe in meiner Nähe.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mailadresse



Bei Interesse Box ausfüllen, ausschneiden und in einem ausreichend frankierten Briefumschlag schicken an: DKP Brandenburg, Carl-Reichstein-Straße 2, 14770 Brandenburg – Oder E-Mail an: info@dkpbrandenburg.de